

Nebrœ Anzeiger

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wiltb. Sauer in Koblentz.

№ 87

Donnerstag, den 21. Juli 1932.

45. Jahrgang

Hilfe für die Landwirtschaft

Konferenz der Landwirtschaftsminister
München, 20. Juli.

Die Landwirtschaftsminister der deutschen Länder trafen unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Freiherrn von Braun in München zu einer zwölftägigen Konferenz zusammen. Erörtert werden die brennenden Tagesfragen der Landwirtschaft, und zwar vor allem die Fragen der Ententeberung und Entensfinanzierung, die Kreditinsfragen, die Förderung des Absatzes und des Schutzes der Erzeugnisse der Milch- und Mollereiwirtschaft, des Obst- und Gartenbaues und der Viehzucht. Dabei ist besonders für Bogen vordringlich die Behandlung der Fragen über die Betrugung und Finanzierung der Hopfenanbau und Braugeräte sowie der Schutz der Holzwirtschaft.

Mit Nachdruck wurde von allen Seiten betont, daß sich die landwirtschaftlichen Verhältnisse besonders verhängnisvoll gestaltet haben. Die Schutzmaßnahmen anderer Länder hätten in zunehmendem Maße zu einer Verschärfung des Angebotsdruckes ausländischer Waren auf den deutschen Märkten geführt.

Die Konferenz stand auf dem Standpunkt, daß neue starke Maßnahmen zum Schutze der bäuerlichen Erzeugnisse bei den katastrophalen Weltmarktsituationen nicht einberufen werden könnten und deshalb mit Beschränkung geschaffen werden müssen. Man war der Auffassung, daß es in unserer Lage nicht angängig sei, die bäuerliche Veredelungswirtschaft, den vielleicht wichtigsten Faktor unseres Binnenmarktes, auch weiterhin nur ungenügend geschützt, der Weltwirtschaft auszuliefern. Gelänge es nicht, in Kürze hier Hilfe zu schaffen, so dürfte auch die Gefahr der Produktionsrückgang und daraus folgend die Gefahr von Versorgungsnotlagen und untragbaren Preissteigerungen nicht unterschätzt werden.

Unter diesem Gesichtswinkel begrüßte die Konferenz die Abhängigkeit des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, die Beteiligung der Zwischenglieder für Speck und Schmalz und die Kontingentierung der Futtermittelzufuhr als einen Anfang zur Erreichung eines wirksameren Schutzes der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Konferenz gab der Erwartung Ausdruck, daß auf diesem Wege mit Taktkraft fortgeschritten würde.

Wieder Zersplitterung

Vorausichtlich 24 Reichswahlvorschläge.

Berlin, 19. Juli.

Neben den bekannten großen Parteien haben u. a. Wahlvorschläge eingereicht die Partei der Erwerbslosen, die Gruppe Einheitspartei für wahre Volksgemeinschaft, die Gruppe Beamtengehälter nicht über 5000 Mark, die Deutsche Sozialistische Kampfgemeinschaft und eine Kampfpartei der Arbeiter und Bauern.

Der Reichswahlprüfungsausschuss hat folgende Reichswahlvorschläge für gültig erklärt und zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands;
2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung);
3. Kommunistische Partei Deutschlands;
4. Deutsche Zentrumspartei;

Abenteuer um Brigitte

Roman von Marlies Sonnborn

Copyright by Marlin Feindt-Wagner, Halle (Saale)

Brigitte kannte ihn nun schon und seine erschütternde Wirkung — seine unheimliche Gewalt und Kraft. Es ließ sich nicht mehr in ihren Gedanken. Sie hielt sich nur kurze Zeit auf der Veranda auf. Sah den Staub zum grau gewordenen Himmel aufwirbeln — hörte das Weisen des Windes — beobachtete, wie die Wälder der Palmen sich unter seiner Wucht mit eigenartig gräßlicher Gestaltlichkeit bogen und wankten. Endlich landete sie wieder in der Bibliothek. Sie war sich sehr klar bewußt, nach Henry starkes und gerechtes Weib zu haben. Ein altes französisches Lied kam ihr in den Sinn: Comme le jour me dure — passe loin de toi... Sie warf sich in einen Sessel — süßte das Kinn in die Hand. Nun weiß ich, was das heißt: Einsamkeit, dachte sie, ein bißchen mit ihrer eigenen Melancholie tolezierend. Die Schritte der Luft war unerträglich — hinderte den Herzschlag. Sie frang auf und öffnete eines der großen Fenster, die bis auf den Fußboden herabschienen. Sie gingen nach innen auf — und ein Eisenanker schlug vor dem Heranschießen. Die Bibliothek lag im ersten Stock. Brigitte atmete frei und tief die reinere, wenn auch nicht leichtere Luft und lehrte zum Mittelstück zurück, die elektrische Lampe anzündend, denn obwohl es nicht später als vier Uhr sein konnte, war es stockdunkel geworden. Das Fenster, das dem von ihr geöffneten gegenüberlag, schien nicht gut verschlossen gewesen zu sein — denn es sprang von selbst auf — und ein wahrer Regenablat war die Folge.

5. Deutschnationale Volkspartei;
8. Deutsche Staatspartei;
9. Bayerische Volkspartei;
12. Deutsche Bauernpartei;
14. Landbund;
15. Deutsch-hannoversche Partei;
18. Höchschall der Beamten 5000 Reichsmark. Für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsschädigten;
19. Deutsche Einheitspartei für wahre Volksgemeinschaft. Unterstützungsempfänger-Partei Deutschlands;
20. Deutsche Sozialistische Kampfgemeinschaft;
21. Nationale Minderheiten in Deutschland;
22. Nationale Mitte. Großdeutsche Freiheitsbewegung gegen Faschismus und Anzionsismus;
23. Schiffsalgemeinschaft Deutscher Erwerbsloser (Erwerbslosentrom);
24. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern;
25. Freiwillige Kampfgemeinschaft (Partei für freie Volkswirtschaft);
26. Gewerkschaftsbund für Parteilose (Gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenfragen für Arbeitsbeschaffung);
27. Deutsche Volksgemeinschaft.

Die Nummern 6, 7, 10, 13, 16 und 17 fallen bei den Reichswahlvorschlägen aus, weil der Reichsinnenminister diese Nummern vorbehalten hätte für die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, des Landvolks, die Kontraktive Volkspartei, die Volksnationale Reichsbewegung und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die zwar zuletzt im Reichstag noch vertreten waren, aber keine Reichswahlvorschläge eingereicht haben.

Nicht zugelassen wurden die eingereichten Reichswahlvorschläge einer „Partei der Erwerbslosen: Für Arbeit und Brot“, der sogenannten „Antifaschischen Union Deutschlands (Einheitsbewegung aller Schaffenden)“, einer „Nationalsozialistischen Nationalpartei Deutschlands“ und eines „Deutschen Staatsbürgerbundes“, da Reichswahlvorschläge dieser Parteien entweder nicht eingereicht oder nicht zugelassen worden sind. Im übrigen sind die gesamten 21 Reichswahlvorschläge nur unter der Voraussetzung zugelassen worden, daß jeweils angelegte Reichswahlvorschläge vorhanden sind.

Insgesamt 15 Tote in Altona

Drei weitere Personen in Lebensgefahr.

Altona, 20. Juli.

Von den im Städtischen Krankenhaus liegenden Schwerverletzten ist der 52-Jährige Herr Büttig gestorben. Damit hat sich die Zahl der Todesopfer des Bluthungrigs auf 15 erhöht. Drei weitere Personen befinden sich noch in Lebensgefahr.

Ein Toter in Buer.

Nach der Darstellung des Reichsbanners in Buer (Westfalen) trat einer Nebelkugel des Reichsbanners in der Sedanstraße plötzlich ein Mann entgegen, schlug dem Reichsbannermann Urban auf die Hand und ergriff die Flucht, verfolgt von drei Reichsbannerleuten.

Als die Reichsbannerangehörigen sich ihm näherten, drehte er sich um und gab aus einer Pistole einen Schuß ab. Der Reichsbannermann Schlenhoff erhielt einen Brustschuß und starb auf der Stelle tot.

„Chronik der Krawalle“

In Hesse wurde ein Nationalsozialist erheblich verletzt. Wegen der ständigen Unruhen bleibt eine Abteilung der Altonaer Schutzpolizei in Hesse stationiert. Ueberfallwagen

Der Wind stand wie ein Niese mitten im Zimmer — packte, was ihm in die Hände kam und wirbelte es durcheinander. Mit Donnergepolter füllten ein paar blaueblaue Postkarten, die ganz oben auf einem Vordach ganz gerade und sehr deutlich gesehen waren, auf den Boden und blieben da platt wie Federmäuse — mit den ausgebreiteten Flügeln ihrer weichen Einbände — liegen. Brigitte klangelte. Niemand kam. Ja, seit Jim fort war ...

Der Hauswart war niemals antwefend — lungerte immer am Tor herum oder saß auf seiner Stube. Wilkes Stabte rechnete sich nicht zur Bedienung. Sofia aber sah bei dem Umwetter gewiß über ihrem Rosenfranz, Küchchenperonal und Stallknechte mußten ja wohl vorhanden sein — aber gesehen hatte Brigitte sie nicht. So verhielt sie denn allem mit den Fenstern fertig zu werden — und es gelang nicht nur; die frische Kraftanstrengung gab ihr Mut und Wärme.

„In diesem verurteilenden Schloß bin ich eben die gefangene Prinzessin, die auf den Körper — anjehend vergeblich — wartet. Also will ich mir die Zeit vertreiben und ein bißchen auf eigene Faust das Tobwaben, das der Wind zu machen geruht, in einen schönen Kosmos verwandeln“, tröstete sie sich.

Sie holte die Leiter, die zum Gebrauch für die oberen Regale in einer Ecke stand, lehnte sie auf die gezeichnete Türe, die sich an der dem Eingang gegenüberliegenden Seite befand — und holte — und auf absternd — einen der ungeschorenen Wälder nach dem anderen heraus und ordnete sie notdürftig.

Wenn Henry mid so sähe, dachte sie, verträumt lächelnd — und nicht ohne Stolz auf ihre Leistungen. Sie hatte aber nicht beachtet, daß die Leiter ihren Fuß auf dem glatten Fußboden nur dadurch gewann, daß sie gegen einen Haufen Postkarten gestützt war — und daß, wie sie nun einen nach dem anderen von dem wirren Haufen abtrug — der Haufte des ziemlich schweren Gehells immer illusorischer wurde. Sie beachtete in ihrem Eifer auch nicht, daß das Umwetter draußen längst zu einem

und starke Polizeipatrouillen durchziehen die Straßen. In Hessen kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern. In Oberhessen entstand bei einem Propagandamarsch der SA eine Schlägerei mit Angehörigen eines Sportvereins, dessen Mitglieder sich zum größten Teil aus Reichsbannerleuten und Kommunisten zusammensetzten. Von den Nationalsozialisten wurden drei leicht und einer schwer verletzt; von den Mitgliedern des Vereins trugen fünf Verletzungen davon. Auf der Landstraße zwischen Homberg und Nieder-Ostfelden wurden 54 Nationalsozialisten von etwa 100 Kommunisten überfallen. Von den SA-Leuten wurden zwölf Mann schwer verletzt. Der SA-Mann Weber soll inzwischen seinen Verletzungen erlegen sein. Auch die Kommunisten hatten eine Anzahl Verletzte. Bei mehreren Kommunisten wurden anschließende Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei Waffen beschlagnahmt wurden. In Altona wurden ein Stahlfabrikant angehört und ein Nationalsozialist von vier unbekannten politischen Gegnern zu Boden geschlagen. Der Stahlfabrikant trug schwere Verletzungen davon, die Verletzungen des Nationalsozialisten lind leichter Art. Beim Fortziehen einer Einmischung von Nationalsozialisten und Kommunisten wurde ein Polizeioberwachmeister von einem Kommunisten durch einen Messerlich in den Rücken schwer verletzt. Zwei Kommunisten wurden festgenommen. Auch ein Arbeiter wurde durch Nationalsozialisten schwer verletzt. Auf dem Schiffsplatz in Chemnitz wurden von einem Kommunisten sechs bis sieben Schiffe abgeholt, durch die ein SA-Mann sowie ein Fußgänger verletzt wurden. Weiterer mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Vor dem Gemeinderatssaal in Söndheim überfiel eine größere Gruppe von Kommunisten drei Nationalsozialisten, von denen ein älterer Herr schwere Kopfverletzungen erlitt und dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Zu weiteren Zusammenstößen kam es in Soloppe (Brennmar) anlässlich eines SA-Luftmarsches. Einzelne Nationalsozialisten wurden von Kommunisten von Straße gerissen und mißhandelt. Auf beiden Seiten gab es mehrere Schwerverletzte. Sieben Kommunisten wurden verhaftet. Als die Kommunisten das Rathaus in Soloppe zu stürmen versuchten, um die Verhafteten zu befreien, wurde das Ueberfallkommando aus Schneidmühl gerufen, das die Stadt von den Kommunisten säuberte. In Wessling (Bezirk Köln) kam es am späten Abend zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu Auseinandersetzungen. Mehrere Nationalsozialisten wurden dabei verletzt. Die Polizei nahm zwei von ihnen fest. Die übrigen flüchten nach Bonn und benachrichtigten ihre Parteileitung. Nach einiger Zeit trat ein mit Nationalsozialisten besetzter Kraftwagen in Wessling ein, aus dem etwa zehn Schüsse abgegeben wurden. Eine Kugel traf den Arbeiter Stupp aus Wessling und tötete ihn auf der Stelle. Stupp ist Vater von drei Kindern, gehörte keiner Partei an und war an den vorausgegangenen Vorfällen gänzlich unbeteiligt. Die Wästen der Polizeiuinterstütze Waldersch und Villa Böttgering in Eberfeld wurden nachts beschossen und mit Steinen beworfen. Insgesamt wurden etwa 20 Schüsse abgefeuert. Die Wästen erwiderten das Feuer, jedoch gelang es den Tätern, unter dem Schutze der Dunkelheit zu entkommen.

Wieder zwei Tote in Langenfeld

Im Anschluß an eine Beerdigung.

Frankfurt a. M., 19. Juli.

Im Anschluß an die Beerdigung der am Freitagabend bei einer Erwerbslosenunterstützung erschossenen beiden

schweren Gewitter geworden war und die Witze vor den hohen Fenstern auf und ab zuden wie unheimliche und rabelose Geister. Strachend antworteten die rollenden Donner auf den huschenden Spitz. Innermüßlich schaffte sie. Als sie wieder einmal auf der Leiter stand — einen besonders schweren Wälder mit der linken Hand an ihre Brust pressend und ihn zugleich noch mit dem angebrückten Kinn ein bißchen haltend, indes die rechte Hand die Seitenfläche des Gehells umfarrmerte, merkte sie, wie die hohe Leiter ins Aussehen geriet. Sie konnte nur noch, mit der Gehellsgegenwart, die plötzliche Gefahr verleiht, in feistischem Sprung sich einem schweren Fall entziehen. Aber auch so tat sie sich ziemlich weh.

Brigitte rieb sich — noch unter dem Eindruck des Schredens — die brennenden Stellen, als ihr Blick unwillkürlich dahin fiel, wo das Holzgestell hätte sein müssen, aber nicht war.

„Sie Schmerzen vergessen, stieß sie einen leichten Schrei aus.

Das gezeichnete Holzwerk war verschwunden — eine dunkle Höhlung gähnte ihr entgegen.

„Da soll doch gleich...“, sagte sie vor Ueberbahrung leise vor sich hin. „Rein — dies ist regelrechter Spuk.“

Was a wird Henry sagen? — war ihr zweites Gebante — und sie wagte einen Schritt vorwärts.

Es war allerdings kein Spuk, mit dem sie sich auseinandersetzen hatte, sondern eine geistliche Mechanik. Wie moderne Türen — ließ auch diese Platte in kleinen Verankerungen, gleichsam auf Schlitzen, derartig, daß sie sich dem Boden unten und der Decke oben festsitzen konnte. Hinter ihr aber lag ein schmaler, dunkler Raum — kaum ein Meter tief, aber die ganze Breite der Bibliothek einnehmend. Der Stoß der gleitenden Leiter hatte die Mechanik in Tätigkeit gesetzt, die Türe geöffnet. Gewiß eine Art Kumpelammer, überlegte Brigitte. Höchstwahrscheinlich kumpelte die nummernreiche Wästen von Woulpazier nicht einmal um ihre Existenz.

Frauen veranstalten auswärtige Kommunikation in Langenleithen einen Demontafestungszug, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, als Teilnehmer des Zuges ein Fenstersteine einschlugen. Ein 23jähriger Arbeiter aus Groß-Außheim sowie ein älterer Mann aus Offenbach wurden gefoltert, mehrere Personen leicht, teils schwer verletzt.

Drei Tote in Greifswald

Zu stütigen Zusammenstößen kam es anlässlich eines SA-Aufmarsches in Greifswald. Die Greifswalder Polizei, war den Tumulten nicht gewachsen und mußte aus Straßendringlichkeit anordnen. Wie von der SED mitgeteilt wird, hat die SA drei Tote zu beklagen. 25 SA- und SS-Leute wurden zum Teil schwer verletzt.

Warnung der katholischen Kirche

Eingabe der Fuldaer Bischofskonferenz an den Kanzler.

Breslau, 20. Juli.
Erzbischof Kardinal Dr. Bertram vertritt sich namens der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Obersten einer „Vorstellung des Episcopats gegen die rechtliche Parteien“, die an den Reichstagen und an den Reichsinnenminister gerichtet ist. Die Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz gestatten sich, die Reichsregierung dringend und ergeben zu ermahnen, auch jetzt in den letzten Wochen vor der Reichstagswahl dem überhandnehmenden Terror der radikalen Parteien mit durchgreifender Strenge entgegenzutreten zu wollen. Es hindert nicht nur weltliche Gründe, sondern ebenso religiös-sittliche Gründe, die uns zu dieser sehr dringenden Bitte bestimmen. Stets war und bleibt allen treu christlich geminteten Kreisen das Gebot des göttlichen Welters und die Wahrung des Völkervertrages heilig: Achtung und Gehorham der obergesetzlichen Gewalt zu leisten und von aller und jeder Verletzung der öffentlichen Ordnung und Beseitigung des Wächters sich fernzuhalten. Im Gegensatz zu solcher Haltung zeigen die in den letzten Wochen von radikalen Parteien geleiteten öffentlichen Gewaltakte das gerade Gegenteil solcher Gesinnung. Eine nachsichtige Behandlung solcher Zustände würde die Untergrabung jener Achtung der Staatsautorität zur Folge haben, die heiligste Gebot der christlichen Ordnung ist. Es kommt hinzu, daß gerade die ordnungsliebenden Kreise der Bevölkerung unter diesem Treiben am schwersten zu leiden haben, eingeschüchert in ihrer selbständigen Freiheit gewolltem demütigt werden, und bei jedem Wort vom Schaden an der Achtung vor der höchsten weltlichen Autorität verlieren müssen. Auch das darf erwähnt werden, daß gerade diejenigen Parteien am gewalttätigsten auftreten, von denen für die Zukunft den christlichen Volksgenossen die größten Gefahren drohen, und von denen insbesondere für das Verhältnis der Staatsgewalt zur katholischen Kirche das schlimmste zu befürchten ist zum Verderb von Volk und Vaterland.

Ueber Deutschlands Kopf hinweg

Heriots Einigung mit England und Amerika.

Genf, 20. Juli.
Amerikanische Mitteilungen zufolge sollen die Verhandlungen zwischen Herriot und der englischen und der amerikanischen Abordnung jetzt zu einem endgültigen Ergebnis geführt haben.
Es soll in den beiden noch offenen Fragen des Bombenabwurfs und der Befreiung der Offensivtruppenbestände eine Formulierung gefunden worden sein, die den französischen Wünschen Rechnung trägt. Danach soll der Bombenabwurf nur außerhalb der „Schlachtfelder“ verboten werden. Wie die Zone begrenzt werden soll, wird nicht gesagt. Es darf das Verbot des Bombenabwurfs völlig illusorisch ist.
Der Hauptausgleich der Konferenz tritt wahrscheinlich heute nachmittag zusammen.
Die Abrüstungskonferenz soll nach dem Plan der Konferenzleitung Johann am Sonntag frühzeitig verlagert werden, falls die Vertragsgenehmigung von Reich zustande kommt. Den deutschen Interessen will man in der Entscheidung lediglich dadurch Rechnung tragen, daß den einzelnen Abordnungen auch weiterhin die Einbringung von Vorschlägen vorbehalten bleibt.
Die Lage hat sich seit dem persönlichen Eingreifen Heriots für die deutsche Abordnung zweifellos außerordentlich verbessert. Die seit fünf Monaten immer wieder hinausge-

schobene Entscheidung der deutschen Gleichberechtigungfrage und die einseitige Klarstellung, ob das fünftägige Abrüstungsabkommen auch die schützende des deutschen Abrüstungsstandes bildet oder ob weiterhin die Versailleser Abrüstungsbestimmungen allein für Deutschland maßgebend bleiben, darf unter keinen Umständen weiter hinausgeschoben werden. Es besteht jedoch nicht mehr ein Zweifel darüber, daß die Entscheidung in der gegenwärtigen Tagung der Abrüstungskonferenz nicht mehr erreicht werden wird.
In letzteren deutschen Kreisen scheint man daher den Plan zu verfolgen, die Gleichberechtigungfrage in den kommenden Monaten während der Ruhepause der Abrüstungskonferenz auf diplomatischem Wege zwischen den europäischen Großmächten zu klären.

Jedoch scheint diese Hoffnung angeht die bisherigen Haltung der Großmächte wenig begründet zu sein. Die Versicherungen, die in Privatgesprächen von der Gegenseite in dieser Richtung gemacht worden sind, dürfen keineswegs dazu führen, daß die jetzt unermittelte Entscheidung über die Gleichberechtigungfrage weiter hinausgeschoben wird. Eine unerlöste Verschiebung dieser Entscheidung würde die heute schon außerordentlich schwierige und gefährliche Stellung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz in einer derartigen Weise verschlechtern, daß alle Hoffnungen auf eine Befreiung Deutschlands von den bisherigen Fesseln in Frage gestellt würden.

Trifflos abgebrochen!

Genf, 19. Juli.

Der Luftfahrtschub der Abrüstungskonferenz ist ohne jedes Ergebnis trifflos verlagert worden. In der sonst üblichen Annahme eines absehenden Beschlusses oder einer Entschleunigung ist es wegen der großen grundsätzlichen Gegensätze nicht gekommen.

Luther-Attentäter vor Gericht

Berlin, 20. Juli.

Der frühere Rechtsanwalt Dr. Max Roosen und der Volkswirt Werner Kerker, die am 8. April auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin auf den Reichsamtpräsidenten kurz vor seiner Abreise als Reichsamtchef zum Tode verurteilt wurden, sind am 19. Juli vor dem Reichsgericht in Leipzig als Reichsamtchef zum Tode verurteilt worden. Der Richter leitete die Verhandlung. Dr. Roosen ist als Angeklagter, Kerker als Nebenkläger zugelassen.
Roosen, der aus einer Hamburger Patrizierfamilie stammt, ist in Buenos Aires geboren, hat in Heidelberg promoviert, war dann als Bankdirektor in Hamburg tätig und leitete die Reichsamtverwaltung für den Reichsamtchef. Er wurde als Reichsamtchef zum Tode verurteilt. Kerker ist ebenfalls als Reichsamtchef zum Tode verurteilt. Er wurde als Reichsamtchef zum Tode verurteilt. Kerker ist ebenfalls als Reichsamtchef zum Tode verurteilt. Er wurde als Reichsamtchef zum Tode verurteilt.

Devaheimprozeß

Berlin, 20. Juli.

Im Devaheim-Prozeß begann der Vertreter der Staatsanwaltschaft sein Plädoyer. In großen Zügen umriß der Staatsanwalt ein zusammenhängendes Bild dieser ungeheuren Wirtschaftskatastrophe, durch die die Ertränkungs zum Teil über die wirtschaftliche Existenz eines großen Teiles des Volkes fast restlos vernichtet wurde.
Es müßte ausdrücklich festgestellt werden, daß zwischen der Kirche und den kirchlichen Organisationen einerseits und den Angeklagten andererseits ein ganz klarer Trennungspunkt zu ziehen sei; wenn man überhaupt von einer Mitschuld kirchlicher Verbände reden wollte, so sei es eine tragische Schuld, eine Tragik, die darin begründet liegt, daß durch die Entschleunigung der Wirtschaftsvorbereitungen kirchliche Organisationen, darunter der Zentralausschuß für Innere Mission, zur offiziellen Verteilung eines großen Teils der kirchlichen Wohlfahrtsmittel gemacht worden seien.
Der Generaldirektor Wilhelm Jappel sei einer von denen, die zur Kirche gegangen seien, um Geschäfte zu machen.

Nach der angelegte Kaufmann Clausen gehöre zu denen, die bei jeder Gelegenheit herorrhoben hätten, sich im Interesse der evangelischen Sache zu betätigen. Mit diesem allen habe aber die Kirche nichts zu schaffen. Das Vorgehen des Pastors Cremer, einer der peinlichsten Erhebungen des Professes, und der übrigen Angeklagten sei um so furchtbarer zu beklagen, weil sie mit dem ausdrücklichen Hinweis auf ein gemeinames Glaubenswort begangen seien.
Der Staatsanwalt kam nach mehrstündigem Plädoyer zu folgenden Strafanträgen.
Er beantragte gegen den Pastor D. Cremer drei Jahre Gefängnis, gegen den Kaufmann Gustav Holmar Clausen drei Jahre Gefängnis, gegen den Generaldirektor Wilhelm Jappel zwei Jahre sechs Monate Gefängnis. Gegen den Sohn Pastor Cremers, den Professorenschüler Ernst Wilhelm Cremer, beantragte der Staatsanwalt acht Monate Gefängnis, gegen den Direktor Paul Jappel, den Bruder Wilhelm Jappels drei Monate Gefängnis sowie gegen den Direktor Jappels Sohn drei Monate Gefängnis.

Nach Antrag der Staatsanwaltschaft wurde von der Strafkammer der im Devaheimprozeß mitangelegte Kaufmann Gustav Holmar Clausen verurteilt. Der Erlass des Haftbefehls wurde damit begründet, daß infolge der zu erwartenden hohen Strafe Fluchtverdacht besteht.

Zur Gefäßhaltung.

Obwohl der deutsche Vorkriegs- und der Gefäßhalter in der Lage wären, den Erwerb in Deutschland in ausreichendem Maße zu decken, kommen täglich große Kontingente Auslandsleiher auf den deutschen Markt. Zum großen Teil mag es daran liegen, daß der Gefäßhalter die Eier nach nicht so vollständig verputzt und sortiert auf den Markt bringt wie das j. B. die Holländer tun. Aber dann liegt es auch daran, daß der Bedarf an Eiern durch die deutschen Gefäßhalter bisher allein nicht richtig gedeckt ist. Wir müssen, das ist ein gutes Zeugnis bis zu 200 Eier im Jahre legen müßte, daß die Hühnerhaltung dann am rentabelsten wäre. Im Durchschnitt liegen die Verhältnisse aber so, daß nur 100 Eier im Jahr nur etwa 90 Eier erzeugt werden, die Hühnerhaltung also bei weitem nicht so rentabel ist, wie es sein könnte.

Die Fütterung der Hühner ist der ausschlaggebende Faktor für die Eierproduktion. Gerade spielen die Rasse, die ganze übrige Haltung, die Züchtungsbedingungen ebenfalls eine Rolle. Man muß sich vor einseitiger Fütterung. Es genügt eben nicht nur, Mais und Weizen, deren Nährwert verhältnismäßig gering ist, zu füttern. Hühnerfutter muß sehr viel Eiweiß, Kraft enthalten, eben die ganze Futterzusammensetzung muß im Gesamtgewicht, im Eiweiß- und Stärkeverhältnis stimmen. Aber um so wichtiger kann den Hühnerhaltern den gemischten Giertrakt bringen. Eine Zeit 28 Jahren bestehende, tüchtige Kraftfutterwerke ist die Weidewald Mühle, D. m. b. H., Hildesheim. Sie besitzt großes Verarbeiten und bringt die bekannten Diagonal Gefäßhalter-Mischungen auf den Markt. In sehr großem Umfang haben hier die Gefäßhalter die besten Erfolge erzielt, wiewohl es nicht möglich, das täglich etwa 5000 Tg. von diesem Kraftfutterwerk verwendet werden. Die wohl bekanntesten Mischungen sind: Diagonal-Kleinfütter und Diagonal-Großfütter. Aus der Zusammenlegung des erst genannten Futters kann sich der Gefäßhalter vor der Vollwertigkeit des Futters überzeugen. Maisgrieß, Weizen, Reis, Sonnenblumenkern, Bohnensatz, getrocknete Kleinfütter, Mischgrieß, Knochenschrot, Hafer und Futterrot (Mischfutter) sind die Hauptbestandteile dieses Körnerkraftfutters mit einem Gesamtgewicht von 16,60%, Protein, 5,10%, Fett, 1,10%, nichtlösliche Stärke, 65,4%. Das in der Wirtschaft abzubende Futter für die Gefäßhalter kann natürlich nach wie vor verwendet werden, aber auf ein ausgleichendes Kraftfutter kann nicht verzichtet werden.

Diplomandw. Wehrnd.

Neue Bücher und Zeitschriften.

Nach der Dagegebliebenen können abwechselnde Zeitschriften gelesen werden. Die soeben erschienene neueste Nummer der „Wegweiser“ macht dafür allerlei Vorschläge, unter denen der über der andere über dem Weltall steht. Auch die den sommerlichen Epheide gibt sie Ihnen wertvolle Rats und neben der üblichen monatlichen Information Anleitung für häusliche Schönheitspflege in den Sommermonaten, in denen die Haut durch die intensive Sonnenbestrahlung besonders gefährdet ist.

Mittels. Peter, brauchen vor der Zeit für ein armer Mann, der immerzu schreit. Darf ich ihm was für ein Rat geben? Das ist ein brauer Buch, sagte der Vater, und gibt dem Sohne was für ein Rat. „Was schreit denn der arme Mann?“ „Gehne und besuche die Doppelstation nur was für ein Rat“, schreit er. Das ist die soeben erschienene Nummer der „Wegweiser“ (Verlag Dr. G. G. G. G., Berlin S. 16), die zum Preise von 60 Pfg. überall zu haben sind.

Es ist nichts als ein gerader Anbau. Brigitte überlegte. Das konnte nicht stimmen. Der Turm hatte mindestens vier Meter im Quadrat und war ein ganzes Stück höher als der Hügel, der im ersten Stock die Bibliothek, im Erdgeschoss die Küche enthielt, die jetzt von Henry bebaut worden. Es war wenig wahrscheinlich, daß man einen hohen Schacht lediglich zur Erde angebracht hatte. Dieser Turm schien immer noch nicht so alt genug — doch wesentlich jünger als das Schloss sonst. Es sollte aus der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts stammen — der Turm schien etwa ein Jahrhundert später erbaut, in der Zeit des werdenden Notos.

Bestand vielleicht eine Verbindung dieses Raumes mit dem Turm?
Ob es für sie eine Möglichkeit, in ihn hineinzugehen und sich von dort aus zu befreien oder doch bemerkbar zu machen?

Brigitte begann, die Wände abzutasten. Sie rannte auf jeden Fall des Fußbodens, in der Hoffnung, eine Leuchte in Bewegung zu setzen. Sie hatte auch gehofft, die Wände, die vorhin die Tür geschlossen, würde die Kraft haben, sie wieder zu öffnen. Sie hintrieb, verfuhr sie mit Händen und Füßen, sie irgendwie zu einer Funktion zu ermuntern.
Umsonst!

Brigitte hatte nicht eigentlich Furcht.
Mit alter Klarheit nur sah sie die Gefahr, in der sie schwebte, und suchte ihr zu begegnen.
Sie fragte sich auch — wann wird Henry wieder-

kommen?
Auf die Dienstboten, auf Misses Stabile setzte sie wenig Hoffnung.
Wenn Henry tagelang fortblieb, dann ...

Ihr graute bei dem Gedanken.
Doch sie zwang sich zur Ruhe.
Es galt, Kraft und Mut aufrechtzuerhalten.
So legte sie sich — ihr kurzes Näschchen über den Kopf ziehend — auf den kalten Fußboden nieder und schloß die Augen.

(Fortsetzung folgt.)

Abenteuer von Brigitte

Roman von Marlies Sonnabend
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle Saale

Nachdem Brigitte das überlegt und eingesehen hatte, lächelte sie über den nervösen Schreck, den ihr der Anblick der dunklen Höhlung zuerst eingebracht hatte, und sie machte einen Schritt in den Raum hinein. Er war vollkommen leer. Nichts Bemerkenswerthes auch an den Wänden, außer, gerade gegenüber der Tür, eine Art Handgriff oder Klopfer, wie man ihn wohl an den Haustüren alter Bauernhäuser sehen kann: ein in die Wand eingelassener Ring, der in einer großen Nische hing.
Komisch, dachte Brigitte, und machte unbedenklich einen weiteren Schritt in das schmale Gefäß hinein.
Raum aber hatte sie ihren Fuß auf eine der großen Steinplatten des Bodens gesetzt, als sie die Empfindung hatte, es ginge etwas unter ihr hinweg — sie wollte schauen, wachte sich um. Aber schon war es dunkel um sie — und sie merkte, wie sich die Tür, lautlos wie sie sich geöffnet, und zu schnell, als daß man sie hätte einhalten oder sich noch hindurchzwingen können, schloß.
„Na nu!“ sagte Brigitte laut, und suchte tastend nach der Leuchte, die doch irgendwie fühlbar sein mußte.
Sie fand sie nicht.
Dumm, dachte Brigitte — und langweilig. — Wer weiß, ob wenn Vater noch jemand in die Bibliothek kommt? Und es war höchstens halb sechs — eben.
Es galt, Geduld zu haben — anderthalb Stunden in diesem engen — langweiligen Loch warten ...
Sie lehnte sich an die Tür, verlor sich in Träume.
Aber so angenehm diese an sich waren, es schien Brigitte, daß die Zeit um sein müsse — und daß sie gar täte, sich bemerkbar zu machen. Sie klopfte mit der geballten Faust an die Wand. Nun aber befahl sie ein heiseres Schreien, das ihr tiefen einen Augenblick lähmte. Die Wand gab keinen Ton zurück. Sie war mit einem schalldämpfenden Stoff bedeckt.
Mein Gott, dachte Brigitte, wenn niemand von der Beschaffenheit der Tür etwas weiß — so wie ich bis vor kurzem nichts davon wußte — dann kann ich womöglich die ganze liebe lange Nacht hier zubringen — oder gar ... Ihre Gedanken gestoben sich selber Saft.
Die Dienstboten — vielleicht — die mochten hilflos nach ihr suchen —; Henry aber würde wiederkommen — und Henry würde Mittel und Wege finden, sie zu entdecken und zu befreien.
Und wenn es ihm — auch ihm — nicht gelang?
Alle Ammenmärchen und Schwauergeschichten fielen ihr ein.
Eine Frau in Florenz oder einer anderen italienischen Stadt, die sich aus Zpielerei in einen Koffer verließ, war verschwunden geblieben — bis sie nach drei Jahrhunderten als Skelet bei einem Umbau des Schlosses aufgefunden wurde.
Ein junges Mädchen, das auf Burg Niederlahnsdorf bei Koblenz abgerührt und verhungert war.
Verhungert ...
Kalt es Grausen packte Brigitte.
Wenn sie doch zum Lunch ein wenig besser gegessen hätte ...
Sie war — wahrhaftig — schon rechtschaffen hungrig — und es konnte doch nicht weit über die Dinerzeit hinaus sein ...
Der Raum war fensterlos.
Sie hörte nichts mehr von Sturm und Gewitter — kein Laut drang zu ihr. Sie würde ohnmächtig gehört werden.
Wie lange — wie lange — konnte es dauern, bis man sie — wenn überhaupt — fand — erlöste?
Wo hinaus ging diese Seite der Bibliothek?
Der große Saal nahm die ganze Länge und Breite des ersten Schloßflügels ein — jenes langer und schmaler Flügels, der in den Park hineingebaut war, und in ein Türmchen ausfiel. Henry hatte gesagt, das Türmchen sei „blind“ — das heißt, es enthielte keine Räumlichkeiten.

Nebrac Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 632

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Arden.

№ 87

Donnerstag, den 21. Juli 1932.

45. Jahrgang

Reichskommissar für Preußen. Ausnahmestadium für Berlin und die Provinz Brandenburg angeordnet.

Berlin, 20. Juli. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, für Preußen den Reichskanzler Papen als Reichskommissar einzusetzen.

Zu seinem hängigen Vertreter und zum kommissarischen Innenminister und Leiter der Staatskanzlei wurde der Ehrenoberbürgermeister Dr. Bradt ernannt. Der Belagerungszustand für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg ist heute angeordnet worden. Die preussischen Minister Braun und Severing sind ihrer Ämter enthoben.

Der Berliner Polizeipräsident Grefenstijn ist von seinem Amte zurückgetreten, desgl. der Stabspräsident Weiß und Kommandeur der Berliner Schutzpolizei.

Mahnung der Reichsregierung

Zur Ruhe und Besonnenheit. — Das Umzugsverbot erlassen. Berlin, 19. Juli.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Am letzten Sonntag ist es wieder an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weitestgehenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Ueberfällen von kommunistischer Seite.

Um die unmittelbare Gefahr weiterer Ueberfälle bei öffentlichen Umzügen zu verhindern, hat der Reichskommissar des Innern mit dem heutigen Tage bis auf weiteres auf Grund der 2. Notverordnung des Reichspräsidenten über politische Ausweisungen vom 28. Juni 1932 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Umzügen erlassen. Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen, und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Teilen des Volkes, die auf dem Boden des Rechts stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewussten Provokationen blutiger Ausweisungen wirksam das Handwerk gelegt werden.

Die Durchführung in Preußen

Durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 18. Juli 1932 sind bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge verboten. Wie der ämtliche preussische Pressedienst mitteilt, werden damit auch alle bereits erteilten Genehmigungen für derartige Versammlungen und Umzüge hinfällig. Ortsverwaltungen für solche Versammlungen können für den 19. und 20. Juli nicht mehr genehmigt werden, weil die für sie durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 vorgeschriebene Anmeldefrist von mindestens 48 Stunden nicht eingehalten werden kann. Für die spätere Zeit gilt die 48stündige Anmeldefrist.

Die Strafen in der neuen Verordnung

In der neuen Verordnung über das Umzugsverbot sind folgende Strafen festgelegt:

Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:
wer unter Zuwiderhandlung gegen das Verbot eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Umzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt; wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel oder einem Umzuge, die verboten sind, teilnimmt.

Am Preußens Polizeigewalt

Brief Kerl's an den Reichskanzler von Papen. Berlin, 20. Juli.

Der „Nationalsozialistische Zeitungsdienst“ gibt den Wortlaut des Briefes des Präsidenten des preussischen Landtags, Kerl, an den Reichskanzler von Papen wieder, worin es u. a. heißt:

Die hitlerite Fraktion des Hauses, die NSDAP, war durchaus bereit, die durch die Wahlen nach dem Willen des Volkes zugefallene Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen und einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten zur Wahl zu stellen. Sie verlangte aber mit Rücksicht auf die zu fallende ungeheure Verantwortung bei der als Ergebnis der bisherigen Politik der letzten 13 Jahre heute bestehenden bedrohlichen politischen und finanziellen Lage Preußens, daß der Ministerpräsident vor

seiner Wahl keinerlei Bedingungen zu übernehmen brauche, sondern völlige Freiheit in der Bildung des Kabinetts und der Festlegung des Regierungsprogramms besitze.

Die Zentrumsfraktion, deren Zustimmung durch Enthaltung oder Beteiligung bei der Wahl nach der Geschäftsordnungsänderung notwendig war, lehnte die ihr von mir mitgeteilten Forderungen ab und beschloß, die Wahl bis nach dem 31. Juli zu vertagen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat mir keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie von ihrer Forderung für die Wahl eines Ministerpräsidenten auch nach dem 31. Juli nicht abzugehen würde. Ihr Fraktionsvorsitzender hat Auftrag gegeben zur Klageerhebung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Geschäftsordnungsänderung vor dem Staatsgerichtshof. Nach meiner Auffassung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die durch den alten Landtag vorgenommene Geschäftsordnungsänderung verfassungswidrig ist. Die preussische Verfassung bestimmt in ihrem Artikel 45: „Der Landtag wählt ohne Aussprache den Ministerpräsidenten.“ Diese Fassung läßt keinen Zweifel darüber, daß der Ministerpräsident zu wählen ist, daß dem Landtag gar nicht die Berechtigung zusteht, die Ministerpräsidentenwahl zu verschieben oder sie unmöglich zu machen durch die Bedingung, daß eine absolute Stimmenmehrheit für die Wahl notwendig ist. Die jetzt getroffene Geschäftsordnungsänderung ist also in Wahrheit eine Verfassungsänderung, für die eine Zweidrittelmehrheit notwendig war, die aber weder im alten noch im neuen Landtag für die Annahme des von der geschäftsführenden Regierung eingebrachten Eins, so daß auch in dieser Beziehung das Handeln der geschäftsführenden Regierung notwendig der verfassungsmäßigen Grundlage entbehren muß, und auch die Möglichkeit, die Ausgaben auf Grund des Artikels 64 der Verfassung zu leisten, ist selbstverständlich nur eine vorübergehende und nicht als Dauerzustand von der Verfassung beabsichtigt. Damit ist für das Land Preußen ein Anstoß herbeigeführt, der bei der bestehenden Lage durch den Landtag nicht gehindert werden kann, der aber zur Herstellung wahrhaft verfassungsmäßiger Zustände unbedingt geändert werden muß. Ich glaube nicht, daß erst die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in dieser Frage abgewartet werden kann, sondern möchte der Reichsregierung zur Erzeugung stellen, ob nicht durch den Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung erlassen werden kann, durch die dieser unwidrig, dem Willen der Mehrheit des preussischen Volkes nicht entsprechende Zustand abgeändert wird. In diesem Verantwortungsgesühl gegenüber der Mehrheit des Volkes, das der Landtag vertritt, und aus der Überzeugung heraus, daß die Mehrheit des Volkes den bestehenden Zustand nicht billigt, halte ich mich persönlich für verpflichtet, bei der Reichsregierung anzufragen, ob nicht bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Preußen die Polizeigewalt besser vom Reich übernommen wird.

Der Reichskanzler hat Reichsminister von Papen die preussischen Minister Hirtfelder und Severing für heute zu einer Besprechung zu sich geladen.

Man verrät bestimmt kein Geheimnis, wenn man diese Unterredung in Verbindung bringt einmal mit dem Briefe des preussischen Landtagspräsidenten Kerl an den Reichskanzler, dann aber auch mit dem Gedanken der Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Schon seit Tagen verläutet in politischen Kreisen, daß nach dem Erfolg des Demonstrationsoberbotes durch den Reichsminister des Innern die Reichsregierung politische Maßnahmen gegenüber der preussischen Staatsregierung innerhals kurzer Frist durchführen wolle. Die Unterredung wird unter Umständen von schwerwiegender und entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Lage in Preußen — und der übrigen Länder sein.

Der freiwillige Arbeitsdienst

Dr. Srup vor der Presse. Berlin, 20. Juli.

Der neuernannte Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, Dr. Srup, äußerte sich vor Pressevertretern ausführlich über die Neuregelung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Der freiwillige Arbeitsdienst

Dr. Srup vor der Presse. Berlin, 20. Juli.

Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes soll und muß die ernsthafte Arbeit stehen. Alle Erfahrungen zeigen, daß die Jugend danach drängt, produktiv in das Volksganze eingeschaltet zu werden, zum Dienst für Volk und Nation. Doch die Arbeit als solche und ihre Ergebnisse sind nicht das einzige Ziel des Arbeitsdienstes. Er soll auch mitwirken an der körperlichen und geistigen Erleichterung und Befundung. Entscheidend für das Gelingen dieser hochgestellten Ziele ist die Lösung der Führerfrage. Schematismus und Bürokratismus jeder Art sind gerade auf diesem Gebiet vom Uebel.

Arbeiten von volkswirtschaftlichem Wert sollen besonders in den Vordergrund gestellt werden. Die 55 Millionen Mark, die bisher für die Zeit bis zum 31. März nächsten Jahres zur Verfügung stehen, ermöglichen, etwa 30 Millionen Tagewerte im freiwilligen Arbeitsdienst auszuführen. Bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres würden also

durchschnittlich 200 000 Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden können.

Bei der praktischen Ausführung wird es vor allem auf die verantwortungsvolle Mitarbeit aller bisher im freiwilligen Arbeitsdienst erfolgreich tätig gewesenem Verbände ankommen. Die enge Führungsnahme mit ihnen wird meine Aufgabe sein.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen äußerte sich der neue Reichskommissar über den freiwilligen Arbeitsdienst auch zu der Frage, ob Sicherungen gegen eine einseitige Politisierung der Einrichtung gegeben sei. Er wies dabei auf die bisherigen Erfahrungen mit dem freiwilligen Arbeitsdienst hin, wonach jugendliche Gruppen auch der verschiedensten Weltanschauungen stets zur miteinander gearbeitet hätten und die Jugend zusammengekommen habe. Auch in der Frage der Befeldigung sind besondere neue Maßnahmen nicht vorgesehen. Bisher hat der freiwillige Arbeitsdienst die Befeldigung immer dort hergenommen, wo er sie gut und billig bekam. Es handelt sich darum, daß die Arbeiten ja zufällig sind, daß auch Aufgaben, wie etwa die Anlage von Kunststraßen, gar nicht in Frage kommen. Es wird sich vielmehr um Arbeiten handeln, deren Schweremöglichkeit auf der durch den freiwilligen Arbeitsdienst übernommenen Arbeitsstellung als solcher beruht als auf dem von Feldwegen und Verbindungen zwischen Dörfern, wo die interessierten Bauern Hand- und Spanndienste leisten.

Wahrscheinlich noch Ende dieser Woche wird der Reichsarbeitsminister, der allein vortrefflich zuständig ist, noch Ausführungsbestimmungen erlassen, in denen u. a. auch die Frage einer etwaigen Verlängerung der vorgesehenen vierzig Arbeitswochen, desgleichen auch die Frage der Befeldigung behandelt werden. Gegebenenfalls werden jedenfalls die Führer über 40 Wochen hinaus zusammenbehalten werden.

Was wird mit der Saar?

„Das Ende der Reparationen.“ Berlin, 20. Juli.

Das Mitteilungsblatt des Saarvereins, der „Saarfreund“, weist in einem Aufsatz seiner Nummer vom 15. Juli darauf hin, daß das Saargebiet einen Teil der Reparationen darstellt und daß mit der Regelung der Reparationsfrage auch die Saargefrage geregelt werden muß. Es heißt in dem Aufsatz u. a.:

„Es hat niemals, folglich nicht die unbedingte Annahmenschuld Frankreichs im Vordergrund stand, ein Zweifels darüber bestanden, daß das Saargebiet einen Teil der Reparationsverpflichtungen Deutschlands darstellen sollte und darzulegen hat.“

Da das Saargebiet ein Teil der Reparationsverpflichtungen Deutschlands darstellt, — denn als Ersatz für die hochverschuldeten Deutschen werden sie wegen längst erledigter Reparationsverpflichtungen zu zahlen aus — diese Verpflichtungen

so kann es nach dem Ende der Reparationen

darfrage nicht beabsichtigt werden, den Zustand zurückzuführen auf den Zustand vor dem 1. Januar 1919, wenn Frankreich in Gestalt der Saargebiet ausdrückliche seine Ende bereit

es, daß nur für die hinsichtlich des Saargebietes

deutschseits ausgearbeitet bei dem Saargebiet, in welchem man sich schuldlos und der

hat, die Saargebietes, reparationsfrage ist, in der Verhandlungen

te in Angriff zu

Die preussische Staatsregierung hatte an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, eine Verfassungsfeier am 11. August gemeinsam mit der preussischen Staatsregierung zu veranstalten. In früheren Jahren war ähnlich verfahren worden. Es wird jetzt aber bekannt, daß die Reichsregierung der preussischen Staatsregierung eine Besage erteilt hat, und zwar wird die Nichtteilnahme an der Verfassungsfeier mit Sparmaßnahmen begründet. Ob die Reichsregierung eine eigene Verfassungsfeier überhaupt veranstalten wird, ist noch nicht bekannt.

Deutsche Tageschau

Eine Abfrage an Preußen.

Die preussische Staatsregierung hatte an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, eine Verfassungsfeier am 11. August gemeinsam mit der preussischen Staatsregierung zu veranstalten. In früheren Jahren war ähnlich verfahren worden. Es wird jetzt aber bekannt, daß die Reichsregierung der preussischen Staatsregierung eine Besage erteilt hat, und zwar wird die Nichtteilnahme an der Verfassungsfeier mit Sparmaßnahmen begründet. Ob die Reichsregierung eine eigene Verfassungsfeier überhaupt veranstalten wird, ist noch nicht bekannt.